

Von Teilhabe ausgeschlossen?

Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Österreich

Florian Walter

Einleitung

Politische Partizipation, verstanden als jene »Verhaltensweisen von Bürgern ..., die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen« (Kaase 2003, 495) dient der Legitimation politischer Entscheidungen, der Wahrung und Durchsetzung von Interessen sowie der Selbstentfaltung des Menschen und erfüllt wesentliche Funktionen für die Demokratiequalität. In rezenten Analysen wird der politischen Beteiligung meist eine rückläufige Entwicklung konstatiert: Wahlbeteiligungsraten sinken in nahezu allen europäischen Ländern (International IDEA 2004; de Nève 2008) und politische Parteien und Interessensverbände sind mit einem Rückgang an Mitgliedern konfrontiert (Scarrow 2007; van Biezen u. a. 2011). Mit dem Nachlassen des Engagements in den oben genannten Formen politischen Aktivismus' begannen sich jedoch im Umfeld der sozialen Bewegungen (z.B. Umwelt-, Friedens- und Anti-Atom-Bewegung) neue, unkonventionelle Formen wie Unterschriftenaktionen, Demonstrationen oder Boykotte zu etablieren (Barnes u. a. 1979; Inglehart 1998). Diese Formen können heute angesichts der Tatsache, dass bereits weit mehr als eine Minderheit Erfahrung in deren Ausübung hat, als Teil des allgemeinen Partizipationsrepertoires angesehen werden (Stolle/Hooge 2011).

Im Zuge der angeführten Veränderungen wird auch dem Phänomen der Ungleichheit in politischer Partizipation – also der Frage, wer an sich politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt und wer nicht – wieder verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Aus der Perspektive der Demokratietheorie ist relevant, dass sämtliche gesellschaftlichen Interessen auch Einzug in politische Entscheidungsstrukturen finden können. Ausgehend von der These Robert Dahls, dass jede Person selbst am besten in der Lage ist, ihre eigenen Interessen zu erkennen und auch zu vertreten¹, drängen sich Fragen nach der Partizipationsfähigkeit in Bezug auf die diesen Personen zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie die einer Beteiligung entgegenwirkenden Restriktionen auf (Wer kann teilhaben, wer nicht?). Beide Aspekte (Interessen, Ressourcen und Restriktionen) stellen eine Verbindung zwischen politikwissenschaftlicher Partizipationsforschung und soziologischer Sozialstrukturanalyse bzw. der Analyse sozialer Großgruppen und den zwischen diesen Gruppen bestehenden Ungleichheitsrelationen her. Der vorliegende Beitrag nimmt diesen Nexus in den Blick, indem er sich der Frage widmet, wie sich das Verhältnis von sozialer Stratifizierung und politischer Partizipation, im Folgenden als »partizipatorische Ungleichheit« bezeichnet, heute gestaltet. Dabei gehe ich folgendermaßen vor: Im nachstehenden Abschnitt konkretisiere ich auf Basis des Forschungsstandes zur partizipatorischen Ungleichheit die allgemeine Forschungsfrage, die ich schließlich am Beispiel der Verhältnisse in Österreich zu beantworten versuche. Die

abschließende *Conclusio* bietet, neben einer Zusammenfassung der Erkenntnisse, Raum für einen kurzen Ausblick auf weitere Forschungsagenden sowie Implikationen für politische Regulierungen im Bereich demokratischer Teilhabe.

Partizipatorische Ungleichheit: Forschungsstand und konkretisierte Fragestellungen

Während die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema in den USA bereits auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken kann, wurde diese in Europa aufgrund der traditionell hohen Wahlbeteiligungsraten und der integrativen und ausgleichenden Kraft pluralistischer Parteiensysteme und sozialstaatlicher AkteurInnen (z. B. Gewerkschaften) lange Zeit kaum rezipiert (Verba u. a. 1978; Kaase 1981; Topf 1995). Diese Grundvoraussetzungen haben sich jedoch in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert, Wahlbeteiligungen sanken und Parteien verloren ihre breite gesellschaftliche Verwurzelung. Dadurch entstanden auch auf dem »alten Kontinent« erste Forschungen über partizipatorische Ungleichheit, deren Ausformungen und Ursachen. Hier zeigt sich eine negative Entwicklung im Bereich traditioneller Partizipationsformen: sinkende Wahlbeteiligungen gehen Hand in Hand mit einem Anstieg des class bias bei Wahlen (Blais u. a. 2004; Alber/Kohler 2007) und eine geringer werdende Anzahl an Parteimitgliedern korreliert mit einer stärkeren Akademisierung des Parteiengagements (Biehl 2006; Micus/Walter 2007). Jüngere Beiträge stellen eine starke Wirkung von »Ungleichheitsfaktoren« wie Bildung und Einkommen auf unterschiedliche, auch unkonventionelle Formen politischer Beteiligung fest (Gallego 2007; Teorell u. a. 2007; Marien u. a. 2010; Schäfer 2010; Stolle/Hooghe 2011). Trotzdem fehlt in der Auseinandersetzung mit dem Phänomen »partizipatorische Ungleichheit« jedoch weitgehend der Bezug auf aktuelle Debatten in der Sozialstrukturanalyse (zur Kritik siehe Caínzos/Voces 2010; Weischer 2011).

Der vorliegende Beitrag setzt an dieser Kritik am aktuellen Forschungsstand an und schließt mit seinen Analysen politischer Partizipation an jüngeren Debatten zur Veränderung der Sozialstruktur an. Hier dominierte in den vergangenen drei Jahrzehnten die These von der gesellschaftlichen Entstrukturierung und Individualisierung, also der nachlassenden subkulturellen Prägung von Interessen, Einstellungen und Verhaltensweisen durch die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen (Klassen oder Schichten), die Ungleichheitsdebatten. Angeheizt wurde die Diskussion in den 1980er Jahren durch die Publikationen von Ulrich Beck, in denen er die Entwicklung der Sozialstruktur in Richtung einer Gesellschaft »jenseits von Stand und Klasse« (Beck 1983; 1987) bzw. sogar die Entstehung einer »uneindeutige[n] Gesellschaft ohne Sozialstruktur« (Beck 1997, 195) prophezeite. Die vergleichsweise radikale Position von Beck wird ergänzt durch moderatere Lebensstil- und Milieuansätze, welche die Wirkung »vertikaler« Stratifikationsmerkmale durch die »Pluralisierung von Lebensweisen« und die damit verbundene steigende Relevanz kultureller Präferenzen und Werthaltungen für die Verwirklichung von Lebenszielen zumindest zu einem sekundären Phänomen reduziert sehen (Hradil 1987; Schulze 1992; Spellerberg 1996).

Die Individualisierungs- und Pluralisierungsthese haben in unmittelbarer Folge zahlreiche Reaktionen hervorgerufen und viele AutorInnen widersprachen der Vorstellung von der nachlassenden Prägekraft sozialer Strukturierung (etwa Geißler

1996, 2011). Ich möchte diese kritische Position aufnehmen und konkret folgende Fragestellung untersuchen: Ist politische Partizipation heute noch sozial strukturiert, i.e. inwiefern können Klassenmodelle die aktuellen Beteiligungsraten an unterschiedlichen Formen politischer Partizipation in Österreich erklären? In den empirischen Analysen stütze ich mich dazu auf das so genannte EGP-Schema nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (Erikson u. a. 1979; Erikson/Goldthorpe 1992; Goldthorpe 2007). Es differenziert Gesellschaft grundsätzlich auf Basis der Stellung zu den Produktionsmitteln in selbstständige UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen sowie letztere aufgrund ihres Beschäftigungsverhältnisses in ArbeitnehmerInnen mit Arbeitsvertrag oder Dienstverhältnis. Neben diesen Grundformen existieren aber auch unspezifische Mischformen mit hohen Qualifikationsanforderungen und leichter Überwachung und umgekehrt.

In seiner geläufigsten Variante umfasst das EGP-Klassenschema sieben größere Klassen, die in sich noch einmal in insgesamt elf spezifische Untergruppen unterteilt werden. Es differenziert zwischen der oberen Dienstklasse (I), der unteren Dienstklasse (II), höheren und niederen Angestellten (IIIa, b), dem Kleinbürgertum – bestehend aus KleinunternehmerInnen und HandwerkerInnen mit (IVa) und ohne Bedienstete (IVb) sowie LandwirtInnen (IVc) –, Personal in Aufsichtspositionen (V), FacharbeiterInnen (VI) sowie un- und angelernten ArbeiterInnen in Industrie (VIIa) und Landwirtschaft (VIIb). Das EGP-Schema ermöglicht die Einbeziehung der vertikalen Kategorie Klasse in die hier vorgenommene Analyse sozialer Ungleichheit in politischer Partizipation. Um jedoch auch »nicht-vertikale« (Kreckel 2004) Dimensionen von Ungleichheit zu berücksichtigen, werden außerdem die Kategorien Alter, Geschlecht und Ethnizität in die Analysen einbezogen. Die Kategorien Geschlecht und Ethnizität gelten in den meisten Darstellungen neben der Klassenzugehörigkeit zu den wesentlichen Strukturmerkmalen einer Gesellschaft (Grusky 2008; Andersen/Collins 2010). In jüngeren Analysen wird von einigen AutorInnen auch das Alter in den Kanon der zentralen Ungleichheitskategorien aufgenommen (Kottmann 2008).

Soziale Ungleichheit und politische Partizipation

Die empirischen Analysen dieses Beitrags stützen sich auf eine Auswertung des European Social Survey (ESS) aus dem Erhebungsjahr 2006 ($n = 2406$). Werfen wir zuerst einen Blick auf das unmittelbare Verhältnis von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation. Tabelle 1 enthält zu diesem Zweck einerseits den in den verschiedenen Partizipationsformen aktiven relativen Anteil der Angehörigen der jeweiligen Klassenlage sowie einen Quotienten, der das Verhältnis des Anteils an AktivistInnen in der Subkategorie mit der niedrigsten Ausprägung des gemessenen Wertes zu jenem in der Subkategorie mit der höchsten Ausprägung misst (hi/lo ratio)². Außerdem ist in jeder Zelle der Tabelle der Rang angeführt, den die Ausprägung relativ zu den anderen Zellenwerten derselben Zeile einnimmt (1 = höchster Zeilenwert, 7 = niedrigster Zeilenwert). Inhaltlich differenziere ich zwischen konventionellen (Wählen, Kontaktaufnahme, Parteilarbeit, Mitarbeit in anderen Organisationen) und unkonventionellen Formen (Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Boykott, Abzeichen/Aufkleber) der Partizipation³.

Tabelle 1 zeigt einen deutlichen Effekt der Klassenzugehörigkeit auf das politische Partizipationsniveau. Am geringsten (hi/lo ratio: 0,77) ist die Ungleichheit

Tabelle 1: Beteiligungsformen nach Klassenzugehörigkeit (7-Klassen EGP-Schema)

	Klassenzugehörigkeit							hi/lo ratio
	I	II	III	IV	V	VI	VII	
Wählen	92,3 (1)	88,6 (2)	78,8 (4)	86,8 (3)	78,4 (5)	71,4 (7)	71,9 (6)	0,77
Kontaktaufnahme	33,3 (1)	29,6 (2)	17,6 (6)	26,0 (3)	18,0 (5)	19,8 (4)	15,4 (7)	0,46
Mitarbeit in einer Partei	15,3 (1)	11,9 (2)	6,3 (7)	9,7 (5)	9,8 (3)	7,7 (6)	9,8 (3)	0,50
Mitarbeit in anderen Organisationen	38,3 (1)	34,6 (2)	23,2 (6)	29,1 (3)	23,5 (5)	18,0 (7)	25,8 (4)	0,47
Abzeichen/Aufkleber	11,0 (2)	9,3 (3)	6,5 (4)	6,3 (5)	4,0 (7)	12,0 (1)	5,9 (6)	0,33
Unterschriftenaktionen	23,4 (2)	28,5 (1)	21,1 (3)	19,2 (4)	13,7 (7)	16,9 (5)	16,1 (6)	0,48
Demonstrationen	4,8 (2)	5,1 (1)	4,3 (3)	1,9 (6)	0,0 (7)	2,2 (5)	4,2 (4)	0,00
Boycott	26,0 (2)	30,5 (1)	17,9 (4)	21,4 (3)	9,8 (6)	12,7 (5)	7,7 (7)	0,25
Partizipation gesamt	2,42 (1)	2,35 (2)	1,77 (4)	1,99 (3)	1,58 (6)	1,61 (5)	1,54 (7)	0,64
Konventionelle Formen	1,78 (1)	1,65 (2)	1,26 (5)	1,52 (3)	1,31 (4)	1,16 (7)	1,21 (6)	0,65
Unkonventionelle Formen	0,64 (2)	0,71 (1)	0,49 (3)	0,48 (4)	0,26 (7)	0,43 (5)	0,33 (6)	0,37

Anmerkung: Klassenzugehörigkeit nach Goldthorpes EGP-Schema, Anteilswerte der Beteiligten (Prozent) bzw. durchschnittliche Anzahl an konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen (Mittelwert)

Quelle: ESS 2006

beim Wählen ausgeprägt, das auch die Partizipationsform mit den höchsten Beteiligungsraten darstellt⁴. Es folgt eine Gruppe aus den sonstigen konventionellen Partizipationsformen sowie den Unterschriftenaktionen, die im Verhältnis ein moderates Ungleichheitsniveau aufweisen (0,46 – 0,50). Ein hohes Ausmaß an Ungleichheit findet sich beim Tragen oder Befestigen von Abzeichen und Aufklebern (0,33), dem Boycott von Produkten aus politischen oder ethischen Gründen (0,25) und bei Demonstrationen (0,00)⁵. Insgesamt wird deutlich, dass der Klasseneffekt bei konventionellen Formen der Beteiligung eher moderat (0,65), bei den neueren, unkonventionellen Formen dagegen hoch ausgeprägt ist (0,37).

Betrachtet man darüber hinaus die Ungleichheitseffekte in Bezug auf unterschiedliche Klassenfraktionen, so fällt auf, dass die Angehörigen der oberen und unteren Dienstleistungsklassen stets die aktivsten Gruppen darstellen, wobei erstere eher konventionelle, zweitere eher unkonventionelle Partizipationsformen zu bevorzugen scheinen. Im traditionellen Bereich des politischen Aktivismus sind außerdem kleine UnternehmerInnen und HandwerkerInnen sowie Personen in Aufsichtsfunktionen aktiver als Angestellte und ArbeiterInnen; im Bereich der neueren Beteiligungsformen liegen Angestellte mit dem Kleinbürgertum und FacharbeiterInnen

auf einer Ebene, während un- und angelernte ArbeiterInnen und vor allem das Aufsichtspersonal extrem unterrepräsentiert ist. Insgesamt sind also Selbstständige und UnternehmerInnen sowie qualifizierte Angestellte in Dienstverhältnissen politisch deutlich aktiver.

In der Folge wird der Einfluss der Klassenlage unter Kontrolle der Faktoren Geschlecht, Ethnizität und Alter in einem Modell zusammengefasst und für unterschiedliche Formen politischer Partizipation in einer Regressionsanalyse überprüft⁶.

Tabelle 2: OLS Regression unterschiedlicher Beteiligungsformen auf Ungleichheitsfaktoren

	Konventionelle Partizipationsformen			Unkonventionelle Partizipationsformen		
	B	(SE)	Beta	B	(SE)	Beta
Geschlecht (M)	0,113	(0,045)	0,056	0,001	(0,039)	0,000
Alter	0,053	(0,006)	0,869	0,012	(0,005)	0,229
Alter (Q)	-0,001	(0,000)	-0,758	0,000	(0,000)	-0,309
Migrationshintergrund	-0,290	(0,062)	-0,099	0,028	(0,054)	0,012
Klasse (Ref. VII)						
I obere Dienstklasse	0,482	(0,089)	0,144	0,328	(0,077)	0,117
II untere Dienstklasse	0,376	(0,073)	0,158	0,367	(0,064)	0,183
III Angestellte	0,078	(0,071)	0,036	0,162	(0,062)	0,089
IV Kleinbürgertum	0,223	(0,089)	0,067	0,159	(0,077)	0,057
V Aufsichtspersonal	-0,002	(0,148)	0,000	-0,067	(0,128)	-0,012
VI FacharbeiterInnen	-0,087	(0,093)	-0,024	0,094	(0,081)	0,031
(Konstante)	0,039	(0,140)		0,195	(0,122)	
Korr. R ²			0,094			0,030
N			2041			2049

Anmerkung: fett gedruckte standardisierte Regressionskoeffizienten (Beta) sind signifikant auf einem Niveau von $p < 0,01$, fett und kursiv gedruckte Koeffizienten auf einem Niveau von $p < 0,05$; Abhängige Variable: Summenindex Partizipationsformen

Quelle: ESS 2006

Tabelle 2 bestätigt den Einfluss der Klassenlage auf die Beteiligung in sämtlichen untersuchten Partizipationsformen. Besonders die Zugehörigkeit zu den höheren Klassen (obere und untere Dienstklasse), zum KleinbürgerInnentum und zur Gruppe der Angestellten (für unkonventionelle Formen) im Vergleich zur un- und angelernten ArbeiterInnenschaft erhöht die Beteiligung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen deutlich. Der Effekt der Klassenzugehörigkeit ist bei unkonventionellen Partizipationsformen sogar noch etwas stärker ausgeprägt als bei konventionellen Formen.

Ein Blick auf die anderen im Modell berücksichtigten Faktoren verdeutlicht, dass die Kategorien Geschlecht und Ethnizität für die Teilhabe an unkonventionellen Partizipationsformen keine Rolle spielen. Lediglich das Alter beeinflusst die Beteiligung dahingehend, dass junge Menschen hier deutlich aktiver sind, während besonders Personen im Pensionsalter diese Formen des Aktivismus kaum wahrnehmen: Un-

ter 30-Jährige nehmen um bis zu 55 Prozent häufiger an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und Boykotten teil als über 70-Jährige. Ein etwas anderer Effekt »nicht-vertikaler« Ungleichheitsmerkmale ist bei konventionellen Beteiligungsarten zu erkennen: hier sind Frauen und Personen mit Migrationshintergrund klar benachteiligt, ebenso junge und ältere Menschen. Während Männer im konventionellen Bereich ein um 10 Prozent höheres Aktivitätsniveau aufweisen als Frauen, sind Einheimische sogar um 25 Prozent aktiver als ZuwanderInnen. Die in diesem Bereich aktivste Altersgruppe der 50-Jährigen beteiligt sich um 20 Prozent mehr als SeniorInnen über 65 und sogar um ein Viertel mehr als Jugendliche und junge Erwachsene unter 30.

Zusammenfassung und Ausblick

Die in dieser Studie durchgeführten Analysen haben gezeigt, dass, entgegen der von EntstrukturierungstheoretikerInnen getroffenen Behauptung einer nachlassenden Prägekraft der Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen für das individuelle Handeln, der Grad des politischen Aktivismus auch heute noch wesentlich von der Klassenlage einzelner Personen bestimmt ist. Dies trifft in vergleichsweise geringem Maß auf das Wählen zu, vielmehr jedoch sind nicht-wahlbezogene Formen der konventionellen und vor allem der unkonventionellen Beteiligung von einer »repräsentativen Verzerrung« (Verba u. a. 1995) betroffen. Besonders groß ist die Partizipationslücke zwischen den Angehörigen der oberen und unteren Dienstklasse auf der einen und allen anderen Klassenlagen auf der anderen Seite. Hier ist wiederum der geringe Grad des Aktivismus von un- und angelernten Facharbeitern hervorzuheben. Der angesprochene Klasseneffekt bleibt auch nach Kontrolle des Einflusses weiterer, »nicht vertikaler« Ungleichheitsmerkmale wie dem Geschlecht, dem Alter und dem Migrationshintergrund weitgehend bestehen. Eigenständige Wirkungen ergeben sich hier vor allem in Bezug auf konventionelle Beteiligungsformen, an denen Frauen, ZuwanderInnen sowie junge und alte Menschen wesentlich weniger teilhaben als Männer, Einheimische und Personen mittleren Alters. In unkonventionellen Beteiligungsformen sind zwar keine Effekte des Geschlechts und Migrationshintergrundes zu beobachten, allerdings sind hier ältere Menschen deutlich weniger involviert als junge.

Diese Erkenntnisse sind nun vor dem Hintergrund sich verändernder Partizipationsrepertoires, also sinkender Wahlbeteiligung und nachlassendem Parteiengagement bei gleichzeitigem Anstieg der Involvierung in unkonventionelle Beteiligungsmodi wie Demonstrationen, Petitionen und Boykotte, zu interpretieren. Nehmen nämlich Menschen ihre Möglichkeiten auf Teilnahme an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen immer mehr außerhalb der Institutionen (Wahlen, Parteien) wahr, so ist angesichts der hier erzielten Erkenntnisse zwar ein Rückgang der »horizontalen« Ungleichheitsverhältnisse möglich. Andererseits ist jedoch eine Intensivierung der politischen Ungleichheit entlang traditioneller Konfliktlinien (Stellung zu den Produktionsmitteln, (Arbeits-)Marktlage) zu erwarten, wenn man wie zahlreiche AutorInnen (Gilens 2005; Bartels 2008) davon ausgeht, dass sich die Beteiligung auch auf die politische Repräsentation von Interessen auswirkt. Auch der Generationenkonflikt sollte angesichts der beschriebenen Ergebnisse nicht vergessen werden. Dass die Bedeutung dieser Erkenntnisse nicht

zu unterschätzen ist, zeigt sich exemplarisch, wenn man an die Institutionalisierung neuer Formen politischer Mitbestimmung denkt. Neu eingerichtete Beteiligungsmöglichkeiten orientieren sich oftmals am Erfolg der unkonventionellen Partizipationsmodi und versuchen deren Vorzüge (geringe Kosten, Erhöhung der Legitimation politischer Entscheidungen usw.) nutzbar zu machen. Dabei wird jedoch oft nur ein »mehr« an Mitsprachemöglichkeit in bestimmten Bereichen geschaffen, ohne auf den Aspekt der Zugangsmöglichkeit für verschiedene soziale Gruppen und deren Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen Rücksicht zu nehmen.

Abschließend sei noch angemerkt, dass bestimmte Aspekte des Zusammenhangs von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation in dieser kurzen Untersuchung noch gar nicht in den Blick genommen werden konnten. So deuten aktuelle Untersuchungen etwa an, dass sich besonders Langzeitarbeitslose und dauerhaft in Armut lebende Menschen sukzessive aus dem gesellschaftspolitischen Bereich zurückziehen und dadurch in den Vertretungskörpern und der Öffentlichkeit keine Stimme mehr besitzen (Böhnke 2011). Da sich gerade soziale Exklusionstendenzen in Krisenzeiten zusehends zu verstärken drohen, muss dieses Phänomen künftig vermehrt in den Blick genommen werden.

Literatur

- Alber, Jens/ Albert Kohler (2007) Die Ungleichheit der Wahlbeteiligung in Europa und den USA und die politische Integrationskraft des Sozialstaats; in: *Leviathan* 4/2007, 510-539
- Andersen, Margaret L./ Patricia Hill Collins (2010) *Race, Class & Gender. An Anthology*, Belmont Barnes, Samuel H./ Max Kaase (1979) *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills/London
- Bartels, L.M. (2008) *Unequal Democracy. The Political Economy of the New Gilded Age*, Princeton
- Beck, Ulrich (1983) *Jenseits von Klasse und Stand?*; in: Reinhard Kreckel (Hg.) *Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2 der Sozialen Welt*, Göttingen, 35-74
- Beck, Ulrich (1986) *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main
- Beck, Ulrich (1997) *Die uneindeutige Sozialstruktur*; in: Ulrich Beck/ Peter Sopp (Hg.) *Individualisierung und Integration*, Opladen, 183-197
- Biehl, Heiko (2006) *Zur Dominanz von Akademikern in den Parteien. Eine Entgegnung auf Markus Klein*; in: *Politische Vierteljahresschrift* 3/2006, 465-470
- Blais, Andre/ Elizabeth Gidengil/ Neil Nevitte (2004) *Where does turnout decline come from?*; in: *European Journal of Political Research* 2/2004, 221-236
- Böhnke, Petra (2011) *Ungleiche Verteilung politischer Partizipation*; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2/2011, 18-25
- Caínzos, Miguel/ Carmen Voces (2010) *Class Inequalities in Political Participation and the »Death of Class« Debate*; in: *International Sociology* 3/2010, 383-418
- Dahl, Robert A. (1989) *Democracy and Its Critics*, New Haven
- Dalton, Russell J. (2008) *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, Washington
- de Nève, Dorothee (2008) *NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie?*, Opladen
- Erikson, Robert/ John H. Goldthorpe/ Lucienne Portocarero (1979) *Intergenerational class mobility in three Western European societies: England, France and Sweden*; in: *British Journal of Sociology* 4/1979, 341-415
- Erikson, Robert/ John H. Goldthorpe (1992) *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*, Oxford
- Gallego, A. (2007) *Unequal Political Participation in Europe*; in: *International Journal of Sociology, HEFT*/2007, 10-25

- Geißler, Rainer (1996) Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/1996, 319-338
- Geißler, Rainer (2011) Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden
- Gilens, Martin (2005) Inequality and Democratic Responsiveness; in: Public Opinion Quarterly 5/2005, 778-796
- Goldthorpe, John H. (2007) Soziale Klassen und die Differenzierung von Arbeitsverträgen; in: Gerd Nollmann (Hg.) Sozialstruktur und Gesellschaftsanalyse. Sozialwissenschaftliche Forschung zwischen Daten, Methoden und Begriffen, Wiesbaden, 39-71.
- Grusky, David B. (2008) (Hg.) Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective, Boulder
- Hradil, Stefan (1987) Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen
- Inglehart, Ronald (1998) Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt am Main/New York
- International IDEA (Hg.) (2004) Voter Turnout in Western Europe since 1945. A Regional Report, International Institute for Democracy and Electoral Assistance, Stockholm
- Kaase, Max (1981) Politische Beteiligung und politische Ungleichheit. Betrachtungen zu einem Paradoxon; in: Lothar Albertin/Werner Link (Hg.) Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf, 363-377
- Kaase, Max (2003) Politische Beteiligung/Politische Partizipation; in: Uwe Andersen/ Wichard Woyke (Hg.) Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 495-500
- Kottmann, Andrea (2008) Alter als Kategorie sozialer Ungleichheit; in: Harald Künemund/ Klaus R. Schroeter (Hg.) Soziale Ungleichheiten und kulturelle Unterschiede in Lebenslauf und Alter. Fakten, Prognosen und Visionen, Wiesbaden, 31-70
- Kreckel, Reinhard (2004) Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main/ New York
- Leijulfsrud, Håkon/ Ivano Bison/ Erling Solheim (2010) Social Class in Europe II. The European Social Survey 2002-2008, NTNU Social Research Trondheim and Department of Sociology and Political Science at the University of Trento
- Marién, Sofie/ Marc Hooghe/ Ellen Quintelier (2010) Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-level Analysis of 25 countries; in: Political Studies 1/2010, 187-213
- Micus, Matthias/ Frank Walter (2007) Einführung; in: Geiselberger, H. (Hg.) Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda, Frankfurt am Main, 19-33
- Scarrow, Susan E. (2007) Political Activism and Party Members; in: Russell J. Dalton/ Hans-Dieter Klingemann (Hg.) The Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford
- Schäfer, Armin (2010) Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa; in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 1/2010, 131-156
- Schulze, Gerhard (1992) Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt am Main/New York
- Spellerberg, Annette (1996) Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland, Berlin
- Stolle, Dietlind/ Marc Hooghe (2011) Shifting Inequalities? Patterns of Exclusion and Inclusion in Emerging Forms of Political Participation; in: European Societies 13/1, 119-142
- Teorell, Jan/ Paul Sum/ Mette Tobiasen (2007) Participation and political equality. An assessment of large-scale democracy; in: Jan W. Van Deth/ Juan R. Montero/ Anders Westholm (Hg.) Citizenship and Involvement in European Democracies, London/New York, 384-414
- Topf, Richard (1995) Beyond Electoral Participation; in: Hans-Dieter Klingemann/Dieter Fuchs (Hg.) Citizens and the State, Oxford, 52-91
- Van Biezen, Ingrid/ Peter Mair/ Thomas Poguntke (2011) Going, going, . . . gone? The decline of party membership in contemporary Europe; in: European Journal of Political Research 1/2011, 24-56

- Verba, Sidney/ Norman H. Nie/ Jae-On Kim (1978) *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*, New York
- Verba, Sidney/ Kay L. Schlozman/ Henry E. Brady (1995) *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge
- Weischer, Christoph (2011) *Sozialstrukturanalyse. Grundlagen und Modelle*, Wiesbaden

Anmerkungen

- 1 In seiner These verknüpft Dahl (1989, 97 ff.) ein strong principle of equality («a substantial proportion of adults are adequately qualified to govern themselves») mit einer presumption of personal autonomy («everyone should be assumed to be the best judge of his or her own good or interests»). Nur wenn Personen(gruppen) die Möglichkeit besitzen, ihre Interessen selbst zu vertreten, werden diese auch entsprechend berücksichtigt. Ein Blick in die Geschichtsbücher und die über viele Jahrhunderte fehlende Berücksichtigung der Interessen von Frauen, ArbeiterInnen und Besitzlosen bestätigt für Dahl diese Annahme.
- 2 Dieser Quotient bietet eine von der Höhe der Ausgangswerte unabhängige Maßzahl für die Ungleichheit der Teilhabe in der jeweiligen Partizipationsform, wobei ein Wert von 1 perfekte Gleichheit darstellt, ein Wert gegen Null dagegen immer größere Ungleichheit bedeutet.
- 3 Die Grundlage für diese Differenzierung ist eine explorative Faktorenanalyse (Scree-Test, 44% erklärte Varianz).
- 4 Das Ausmaß der partizipatorischen Ungleichheit muss nicht zwangsweise linear mit dem Anteil der AktivistInnen in der jeweiligen Form zusammenhängen. Trotzdem ist der statistische Zusammenhang des Ungleichheitsquotienten und dereteiligungsrate (Korrelationskoeffizient Pearsons $r = 0,77$) als hoch zu bezeichnen.
- 5 Der Wert für Demonstrationen ist schwer zu interpretieren ist, da aus der Gruppe V keine von 51 zugewiesenen Personen angab, je auf der Straße protestiert zu haben (Zellenwert 0). Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass für diese Partizipationsform ein hoher Grad an Ungleichheit vorliegt.
- 6 Als abhängige Variable dient hier ein Summenindex jener Partizipationsformen, an denen sich eine Person bereits beteiligt hat. Dieser kann Werte zwischen 0 und 4 (bzw. 5) annehmen.